Landeshauptstadt Magdeburg – Der Oberbürgermeister –		Drucksache DS0331/20	Datum 24.06.2020
		Öffentlichkeitsstatus	
Dezernat: VI	FB 62	öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung	Behandlung	Zuständigkeit
	Tag		
Der Oberbürgermeister	11.08.2020	nicht öffentlich	Genehmigung OB
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	27.08.2020	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen Amt 66, FB 02	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		Х
	KFP		Х
	BFP		Х
	Klimarelevanz		Х

Kurztitel

Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Wege der Kostenspaltung - Verkehrsanlage "Birkhahnweg von Kranichweg bis Neustädter Bierweg,

Beschlussvorschlag:

Für den Ausbau der Teileinrichtung Beleuchtung in der Verkehrsanlage "Birkhahnweg von Kranichweg bis Neustädter Bierweg" werden Straßenausbaubeiträge im Wege der Kostenspaltung erhoben.

Finanzielle Auswirkungen

Organisa	tionseinheit	62.34	Pflichtaufgabe	X ja	nein
Produkt I	Nr.	Н	laushaltskonsolidierur	ngsmaßnahme	
54101			ja, Nr.	<u> </u>	X nein
Maßnahn	nebeginn/Jahr	Au	swirkungen auf den Er	gebnishaushalt	
	2020	JA	Х	NEIN	
_	A. Ergebnisplanung/Konsumtiver Haushalt Budget/Deckungskreis:				
		I. Aufv	vand (inkl. Afa)		
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	dav veranschlagt	on Bedarf
20					
20					
20					
20					
Summe:					
		II Ertrag (in	ıkl. Sopo Auflösung)		
		II. Littag (III	Sopo Auriosurig	day	/on
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	veranschlagt	Bedarf
20					
20					
20					
20					
Summe:					
B. Investitionsplanung Investitionsnummer: Investitionsgruppe:					
	I. Zugi	änge zum Anlageve	ermögen (Auszahlunge		
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto		/on
00				veranschlagt	Bedarf
20					
20					
20					
Summe:					
ounnie.					
II. Zuwendungen Investitionen (Einzahlungen - Fördermittel und Drittmittel)					
Jahr			Sachkonto	dav	/on
Jaili	Euro	Kostenstelle S	Sacrikuntu	veranschlagt	Bedarf
20					
20					
20					
100	i .	i e e e e e e e e e e e e e e e e e e e	İ.	I	İ

Summe:

III. Eigenanteil / Saldo						
Jahr	Euro	Ma atamatalla	Cookkonto	da	davon	
Janr	Euro	Kostenstelle	stenstelle Sachkonto	veranschlagt	Bedarf	
20						
20						
20						
20						
Summe:				<u>.</u>		
		IV. Verpflichtu	ngsermächtigunge	en (VE)		
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto		von	
				veranschlagt	Bedarf	
gesamt:						
20						
für						
20						
20						
20						
Summe:						
	V	/. Erheblichkeitsgr	enze (DS0178/09) (Gesamtwert		
his 60	Tsd. € (Sammelp		chize (Been rever)	<u> </u>		
	Γsd. € (Einzelver	•				
H' 300 '	isa. C (Emizorvoi	ansonagang)	Anlage (Grundsatzbeschluss N	lr	
				Kostenberechnung		
> 1.5 M	/lio € (erhebliche	e finanzielle Bedeutu		tootoriboroomiung		
1,0 11	no. e (erriconorie	, illianzione Beacate	<u> </u>	Virtschaftlichkeitsverg	leich	
				Folgekostenberechnur		
		_	7 tillago i	olgonootoriboroomiai	<u>'9</u>	
C. Anlage	evermögen					
_	nsnummer:				Anlage neu	
Buchwert					JA	
	betriebnahme:				071	
Datum iii	beti lebilarinie.					
Auswirkungen auf das Anlagevermögen						
Jahr	Jahr Euro Kostenstelle Sachkonto		bitte an	kreuzen		
Jaili	Luio	Nosteristerie	Sacrikonto	Zugang	Abgang	
20						
federführendes(r) Sachbearbeiter			Unterschrift AL / FBL			
Amt/Fachbereich		Schliefke S	efke Sandra Neumann Bernd			
Verantwor	rtliche(r)					
Beigeordn	` '	Unterschrift	t D	r. Dieter Scheideman	n	

Termin für die	Beschlusskontrolle	Beschluss des StBV

Begründung:

Die Verkehrsanlage "Birkhahnweg von Kranichweg bis Neustädter Bierweg" befindet sich im Stadtteil Stadtfeld West (Lindenweiler) der Landeshauptstadt Magdeburg (siehe Anlage).

Durch die Kostenspaltung könnten aufgrund der dadurch für die bereits ausgebauten Teileinrichtungen entstehenden sachlichen Beitragspflicht vorzeitig Straßenausbaubeiträge ermittelt und erhoben werden. Die zu erhebenden Beiträge werden erst nach Beschlussfassung genau errechnet.

Die Voraussetzungen für eine Kostenspaltung sind in der o.g. Verkehrsanlage erfüllt. Grundlage für eine Kostenspaltung ist Folgendes:

Die Landeshauptstadt Magdeburg ist gemäß § 6 Absatz 1 Kommunalabgabengesetz LSA (KAG) verpflichtet, zur Deckung ihres Aufwandes am Ausbau von öffentlichen Verkehrsanlagen Straßenausbaubeiträge zu erheben. Eine Erhebung kann grundsätzlich zwar nur erfolgen, wenn die öffentliche Verkehrsanlage in ihrer gesamten Ausdehnung beitragsfähig ausgebaut wurde und somit erst dann abschließende sachliche Beitragspflichten entstanden sind.

Jedoch kann für den notwendigen Grunderwerb, die Freilegung oder für nutzbare Teile einer öffentlichen Verkehrsanlage (die Fahrbahn, der Radweg, der Gehweg, der gemeinsame Geh- und Radweg, die Oberflächenentwässerung, die Beleuchtung, die Parkflächen oder die unselbständigen Grünanlagen) der beitragsfähige Ausbauaufwand gesondert ermittelt und abgerechnet werden, wenn die Teileinrichtung/en über die gesamte Länge der öffentlichen Verkehrsanlage vollständig ausgebaut wurde/n. Hierzu bedarf es gemäß § 6 Absatz 2 KAG in Verbindung mit §§ 8 und 11 Straßenausbaubeitragssatzung eines Kostenspaltungsbeschlusses, um sachliche (Teil-) Beitragspflichten für die jeweilige ausgebaute Teileinrichtung entstehen zu lassen.

Erst mit Entstehung dieser sachlichen Beitragspflichten beginnt die Festsetzungsverjährung von vier Jahren zu laufen. Innerhalb dieses Zeitraums sind und werden die Straßenausbaubeiträge festgesetzt und erhoben.

Eine Festsetzung von Abgaben (Straßenausbaubeiträge) ist unabhängig vom Entstehen einer sachlichen Beitragspflicht mit Ablauf des zehnten Kalenderjahres, welches auf den Eintritt der Vorteilslage folgt, ausgeschlossen (§ 13 b KAG).

Beim Straßenausbaubeitragsrecht, das auf die Vermittlung einer Inanspruchnahmemöglichkeit der ausgebauten öffentlichen Verkehrsanlage ausgerichtet ist, tritt die Vorteilslage in dem Zeitpunkt ein, in dem eine tatsächlich ungehinderte Benutzungsmöglichkeit der vollständig ausgebauten öffentlichen Verkehrsanlage möglich ist, also mit der Verwirklichung der dem Ausbauprogramm entsprechenden Baumaßnahme. Eine analoge Geltung für den Ausbau der Teileinrichtung/en von öffentlichen Verkehrsanlagen kann angenommen werden, da der Gesetzgeber die Erhebung von Beiträgen im Wege von Kostenspaltungen ermöglicht hat, so dass für die Annahme einer Vorteilslage das Vorliegen einer vollständig ausgebauten Teileinrichtung Voraussetzung ist.

In der o. g. Verkehrsanlage wurde die o. g. Teileinrichtung im Jahr 2018/2019 ausgebaut und auf kompletter Länge fertig gestellt. Mit Beendigung der Baumaßnahmen trat die Vorteilslage ein, die Frist nach § 13 b KAG läuft am 31. Dezember 2029 ab.

Die alte Straßenbeleuchtung auf Betonmast wurde auf gesamter Länge der o. g. Verkehrsanlage durch Aluminiummaste mit energieeffizienten LED-Leuchten ersetzt. Außerdem wurde die Anzahl von 1 auf 3 erhöht.

Die restlichen Teileinrichtungen (Mischverkehrsfläche) befinden sich noch im Altzustand.

Über die durchgeführte straßenbauliche Maßnahme in der o. g. Verkehrsanlage wurden die später Beitragspflichtigen durch persönliche Anschreiben am 13. Sept. 2018 informiert.

Die durchgeführten straßenbaulichen Maßnahmen betrafen nicht die gesamte Verkehrsanlage, so war diesbezüglich keine Bürgerinformationsveranstaltung entsprechend der Straßenausbaubeitragssatzung durchzuführen.

Anlagen:

DS0331/20 Auszug Stadtkarte "Birkhahnweg von Kranichweg bis Neustädter Bierweg"